



15. Energiewende-Barometer der IHK-Organisation 2026

Zeit zum Handeln: Investitionen
verlassen Deutschland

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Impressum

15. Energiewende-Barometer der IHK-Organisation 2026 – Unternehmensumfrage zur Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz

Copyright	Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.
Herausgeber	© Deutsche Industrie- und Handelskammer Berlin Brüssel DIHK Berlin: Postanschrift: 11052 Berlin Hausanschrift: Breite Straße 29 Berlin-Mitte Telefon (030) 20 308-0 Telefax (030) 20 308 1000 DIHK Brüssel: Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts B-1000 Bruxelles Telefon +32-2-286 1611 Telefax +32-2-286 1605 Internet: www.dihk.de
Redaktion	DIHK – Bereich Energie, Umwelt, Industrie Dr. Ulrike Beland, Dr. Sebastian Bolay
Stand	Juli 2026
Titelbild	© Imilian / Getty Images
Grafik	DIHK

Inhalt

Energiekosten sind ein Standortproblem.....	3
Investitionen leiden unter hohen Energiekosten.....	6
Abwanderung setzt sich fort	8
Politische Maßnahmen.....	10

An der Umfrage haben rund **3.100 Unternehmen** teilgenommen. Die Antworten kommen zur Hälfte von Unternehmen aus der Dienstleistungsbranche (56 Prozent), gefolgt von Industrieunternehmen (23 Prozent) und Handel (14 Prozent). Unternehmen der Bauwirtschaft sind mit 6 Prozent am wenigsten vertreten.

In regionaler Hinsicht kommen die meisten Antworten mit 34 Prozent aus dem Westen Deutschlands, gefolgt von 31 Prozent aus dem Süden, 18 Prozent aus dem Osten und 16 Prozent aus dem Norden Deutschlands.

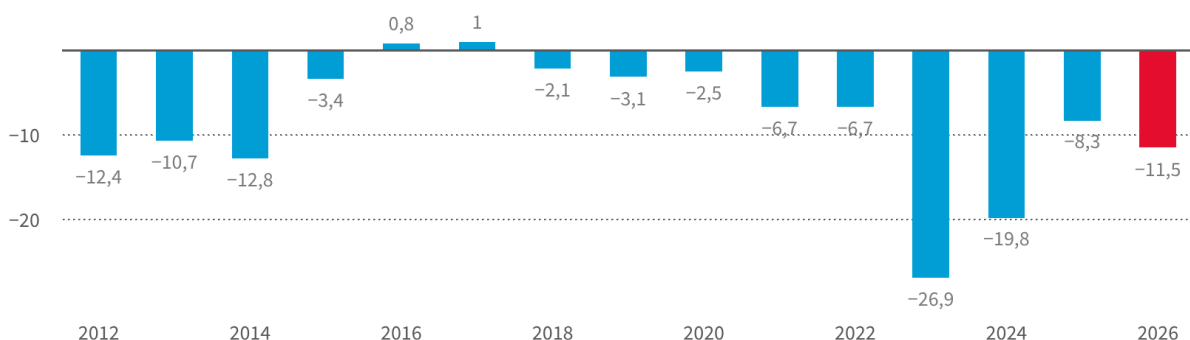
Dem **Norden** werden dabei die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem **Westen** die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem **Osten** die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, dem **Süden** Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Die IHKs gestalten ihre Befragung so, dass die gewerbliche Wirtschaft vor Ort repräsentativ abgebildet wird (branchen-, regionen- sowie unternehmensgrößenbezogene Unternehmensansprache, z. B. über – und Ausschussmitglieder). Die Aggregation auf Bundesebene erfolgt über eine regionale und branchenbezogene Gewichtung, die auf Beschäftigtenzahlen basiert. Alle Daten der Auswertungen sind gewichtete Zahlen. Die Befragung fand vom 8. bis zum 29. Juni 2026 statt.

Energiekosten sind ein Standortproblem

Die Stromkosten sind in den letzten 12 Monaten noch einmal für die Hälfte (49 Prozent) der Unternehmen gestiegen, die Kosten für Wärme (Gas, Fernwärme, Heizöl) für zwei Drittel (67 Prozent). Nach zwei Jahren der Erholung vom Tiefstand 2023 fällt das Energiewende-Barometer auch deshalb wieder auf einen negativen Wert von rund minus elf Punkten zurück (Abb. 1). Sowohl dieser Gesamtwert als auch die Ergebnisse der Einzelbefragungen bestätigen das Bild der [DIHK-Konjunkturumfrage Frühsommer](#): Viele Unternehmen sehen sich inzwischen an ihrer Belastungsgrenze. Globale Krisen treffen auf weiterhin ungelöste strukturelle Herausforderungen am Wirtschaftsstandort Deutschland. Dabei entwickeln sich die Energiekosten zunehmend zu einem der größten Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung. Hohe Energiepreise dämpfen Investitionen und verstärken Produktionseinstellungen in Deutschland.

Barometerwert im Zeitverlauf 2026



Wortlaut der Frage: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?

Quelle: Energiewende-Barometer 2026



Abbildung 1: Barometerwert im Zeitablauf

Auf einer Skala von minus 100 („sehr negativ“) bis plus 100 („sehr positiv“) erreicht das Energiewende-Barometer einen Wert von minus 11,48. Damit überwiegen die negativen Einschätzungen der Unternehmen deutlich (Abb. 3a und 3b). Vier von zehn Unternehmen (40 Prozent) bewerten die Auswirkungen der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit negativ, während lediglich 24 Prozent zu einer positiven Einschätzung gelangen. Gut ein Drittel der Unternehmen äußert sich neutral oder unentschieden.

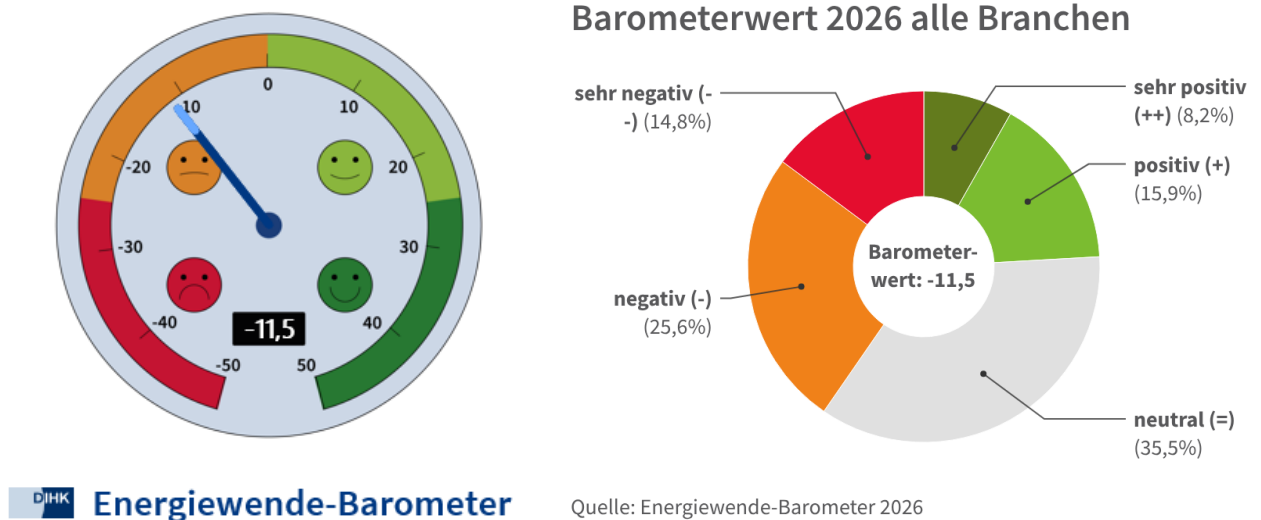


Abbildung 2 und 3: Energiewende-Barometerwert

Die überwiegend kritische Bewertung geht in diesem Jahr insbesondere auf die Industrie, aber auch auf den Handel zurück. Industrieunternehmen sind aufgrund ihres hohen Energieverbrauchs von energiepolitischen Rahmenbedingungen unmittelbar betroffen. Entsprechend bewerten sie die Energiewende traditionell kritischer, insbesondere wenn mit ihr steigende Kosten für fossile Energieträger verbunden sind. Mit einem Barometerwert von minus 22 fällt die Einschätzung der Industrie auch aktuell deutlich negativ aus, wenngleich weniger pessimistisch als während der Gaskrise im Jahr 2023 (Abb. 4).

Barometerwert nach Branchen

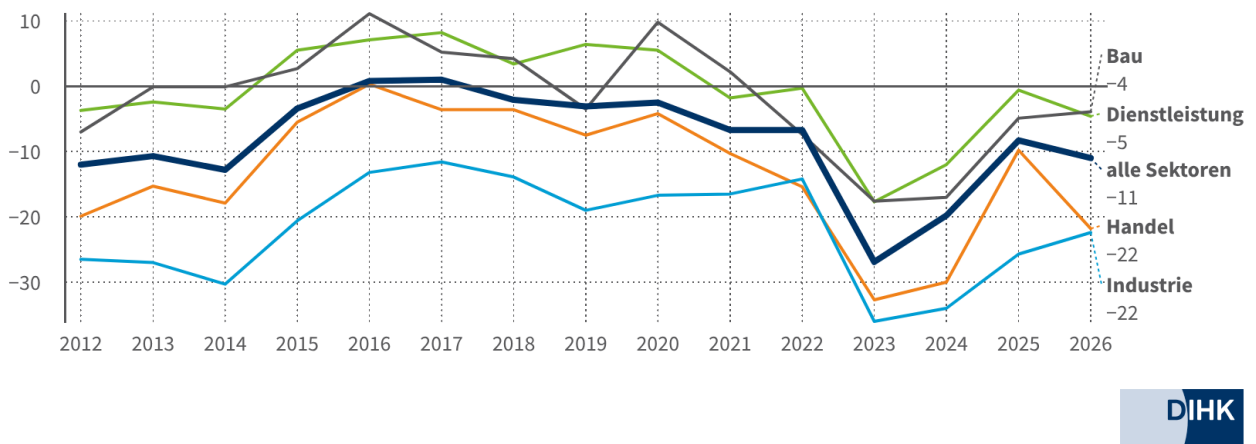


Abbildung 4: Barometerwert nach Branchen

Auch im Handel belasten die hohen Energiekosten die wirtschaftliche Lage erheblich. Steigende Energiepreise wirken sich entlang der gesamten Wertschöpfungskette aus und erhöhen Material-, Transport- und Logistikkosten. Gleichzeitig schwächt die sinkende Kaufkraft vieler Verbraucherinnen und Verbraucher die Nachfrage. Da Kostensteigerungen häufig nur begrenzt an Kunden weitergegeben werden können, geraten die Gewinnmargen unter Druck. Hinzu kommt, dass viele industriepolitische Entlastungsmaßnahmen dem Handel kaum zugutekommen. Für einzelne Unternehmen kann diese Entwicklung existenzgefährdende Ausmaße annehmen.

Dies spiegelt sich auch in den Freitextantworten wider. So berichtet ein Handelsunternehmen aus Ostdeutschland: „Da wir unsererseits zu wenig Marktmacht besitzen, um Kostensteigerungen an unsere Kunden weiterzugeben, schmelzen die Gewinnmargen dahin, sodass keine guten Löhne gezahlt, keine Investitionen getätigt und schon gar nicht Personal für einen Wachstumskurs eingestellt werden können.“

Das Zitat verdeutlicht, wie unmittelbar steigende Kosten die Investitionsfähigkeit, die Beschäftigungsentwicklung und damit die Zukunftsperspektiven vieler Handelsunternehmen beeinträchtigen.

Regional zeigt sich eine zunehmende Differenzierung der Einschätzungen zur Energiewende. Während Unternehmen in Norddeutschland nach vielen Jahren erstmals wieder mehrheitlich positive Auswirkungen der Energiewende auf ihre Wettbewerbsfähigkeit sehen, fällt die Bewertung im Westen, Süden und Osten Deutschlands negativer aus als im Vorjahr.

Die unterschiedlichen Einschätzungen spiegeln die regionalen Wirtschaftsstrukturen wider. Im Norden sind erneuerbare Energien für viele Unternehmen inzwischen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Geschäftsbereich. Entsprechend werden die Chancen der Energiewende dort stärker wahrgenommen. In den industriell geprägten Regionen West- und Süddeutschlands stehen dagegen die Herausforderungen der Transformation sowie die steigenden Kosten der Energieversorgung stärker im Vordergrund.

Barometerwert nach Regionen

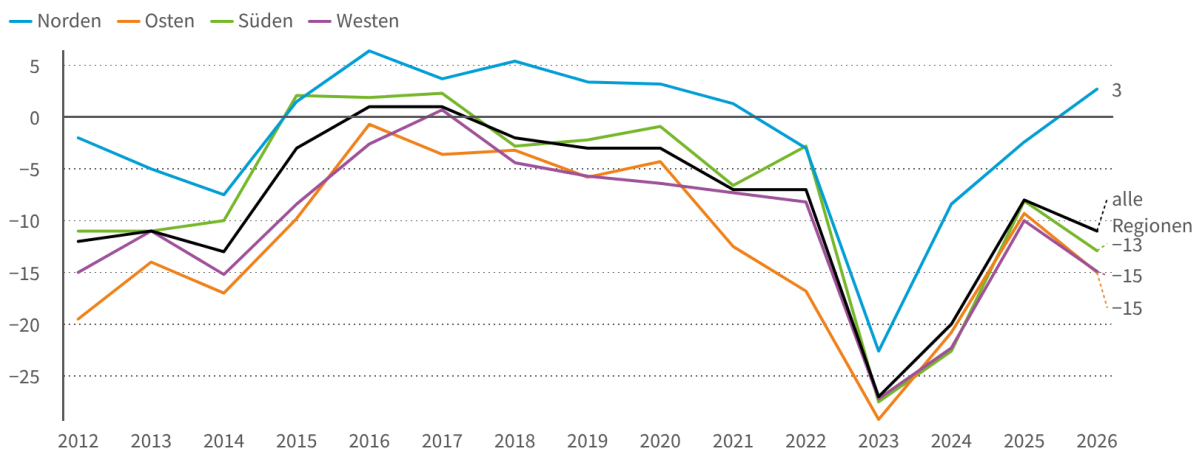


Abbildung 5: Barometerwert nach Regionen

Gleichwohl ist auch im Norden die Lage keineswegs nur positiv. Insbesondere energieintensive Industriebetriebe verweisen auf hohe Strompreise und Engpässe bei der Infrastruktur als zentrale Wettbewerbsnachteile. Fehlende Netzan Anschlüsse, lange Umsetzungszeiten und hohe Energiekosten belasten viele Unternehmen unabhängig davon, dass die Region insgesamt von der Energiewende profitiert.

Dies wird auch in den Freitextantworten norddeutscher Industrieunternehmen deutlich. So fordern Unternehmen vor allem wettbewerbsfähige Energiepreise:

„Es muss ein Weg zu wettbewerbsfähigen Strompreisen gefunden werden.“

Zudem wird auf die indirekten Folgen hoher Energiekosten entlang der gesamten Wertschöpfungskette hingewiesen:

„Unsere eigenen direkten Energiekosten sind vertretbar. Aber die Energiekosten unserer Zulieferer (z. B. Gießereien, Edelstahlproduzenten, Speditionen) leiden extrem unter den hohen Energiekosten.“

Ein weiteres Unternehmen beschreibt die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit in internationalen Märkten:

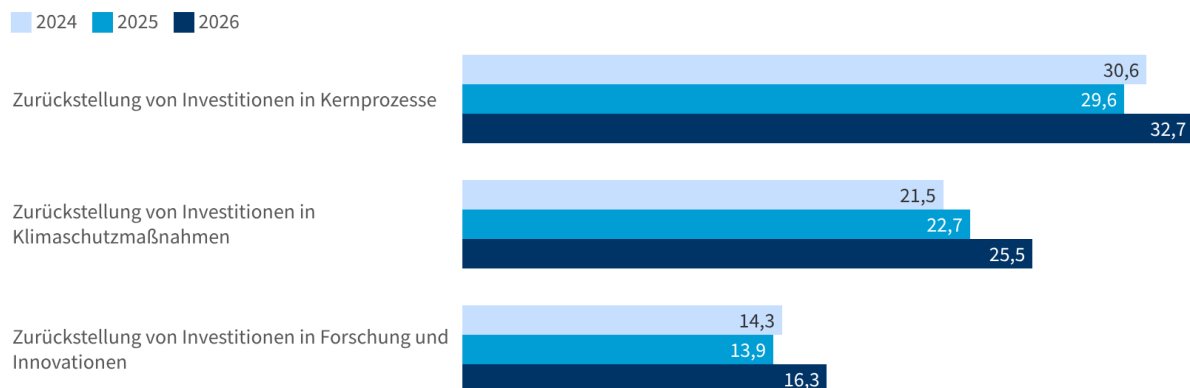
„Hohe Energiekosten haben bei uns besonders auf der Seite der Lieferanten von Stahl und Kunststoff zu sehr starken Preissteigerungen geführt. Dadurch ist unsere Wettbewerbsfähigkeit in preissensiblen Märkten nicht mehr gegeben.“

Die Aussagen verdeutlichen, dass selbst in Regionen mit vergleichsweise positiver Bewertung der Energiewende die Energiekosten entscheidender Faktor für Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung sind. Die Herausforderung besteht aus Sicht vieler Unternehmen daher weniger in den grundsätzlichen Zielen der Energiewende als in deren wirtschaftlich tragfähiger Umsetzung.

Investitionen leiden unter hohen Energiekosten

Die Ergebnisse des diesjährigen Energiewende-Barometers zeigen, dass Unternehmen Investitionen aufgrund hoher Energiekosten zunehmend zurückstellen: Rund ein Drittel der Unternehmen verschiebt Investitionen in ihre Kernprozesse, weil hohe Energiekosten die finanziellen Spielräume einschränken. Bei Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen liegt dieser Anteil bei etwa einem Viertel, bei Forschung und Innovationen immerhin noch bei 16 Prozent (Abb. 6).

Auswirkung der hohen Energiepreise auf Investitionen



Wortlaut der Frage: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der hohen Energiepreise auf Ihre Investitionen? Die hohen Ausgaben aufgrund der Strom- und/oder Gaspreise führen insgesamt zu... (Mehrfachnennungen möglich)

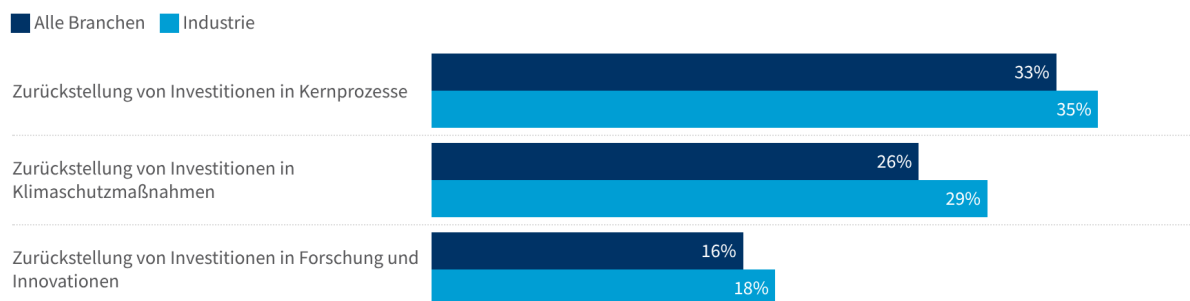
Abbildung 6: Hohe Energiepreise und Investitionen

Diese Ergebnisse decken sich mit den Befunden der [DIHK-Konjunkturfrage Fröhsommer](#). Dort berichtet mehr als ein Drittel der Unternehmen von einer Zurückhaltung bei Investitionen. Gleichzeitig nennen rund 70 Prozent der Betriebe Energie- und Rohstoffpreise als zentrales Geschäftsrisiko. Wenn Unternehmen derzeit investieren, dann vor allem in Ersatzinvestitionen, um bestehende Anlagen und Prozesse

aufrechtzuerhalten. Investitionen zur Erweiterung von Kapazitäten verharren dagegen auf einem außergewöhnlich niedrigen Niveau, das zuletzt während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 beobachtet wurde.

In der Industrie tritt diese Entwicklung besonders deutlich zutage. Die Investitionszurückhaltung fällt hier über alle Investitionsbereiche hinweg stärker aus als in der Gesamtwirtschaft. So geben 35 Prozent der Industrieunternehmen an, Investitionen in ihre Kernprozesse aufzuschieben, weil die erforderlichen Mittel durch hohe Energiekosten gebunden werden.

Auswirkungen der hohen Energiepreise auf Investitionen in der Industrie 2026



Fragestellung: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der hohen Preise für Energie auf Investitionen? Die höheren Ausgaben aufgrund der Stromkosten und/oder Gaspreise führen insgesamt zu: (Mehrfachnennungen möglich)

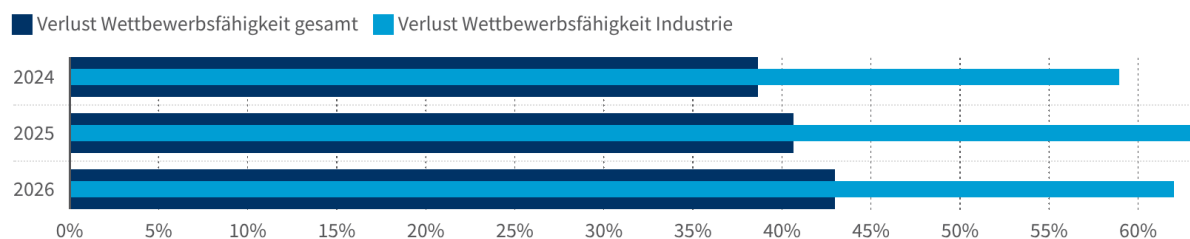
Quelle: Energiewende-Barometer 2026

DIHK

Abbildung 7: Auswirkungen Investitionen Industrie

Die hohen Energiekosten wirken sich zudem unmittelbar auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen aus. In der Gesamtwirtschaft sehen mehr als 40 Prozent der Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch die Energiewende beziehungsweise die damit verbundenen Energiekosten beeinträchtigt. In der Industrie sind es sogar rund zwei Drittel der Unternehmen. Dieser Wert bleibt seit Jahren auf einem hohen Niveau.

Verlust von Wettbewerbsfähigkeit durch hohe Preise für Energie



Quelle: Energiewende-Barometer 2026

DIHK

Abbildung 8: Verlust von Wettbewerbsfähigkeit

Zwar ist der Anteil der betroffenen Industrieunternehmen im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen, die Belastung bleibt jedoch erheblich. Eine Erklärung für den Rückgang kann darin liegen, dass die

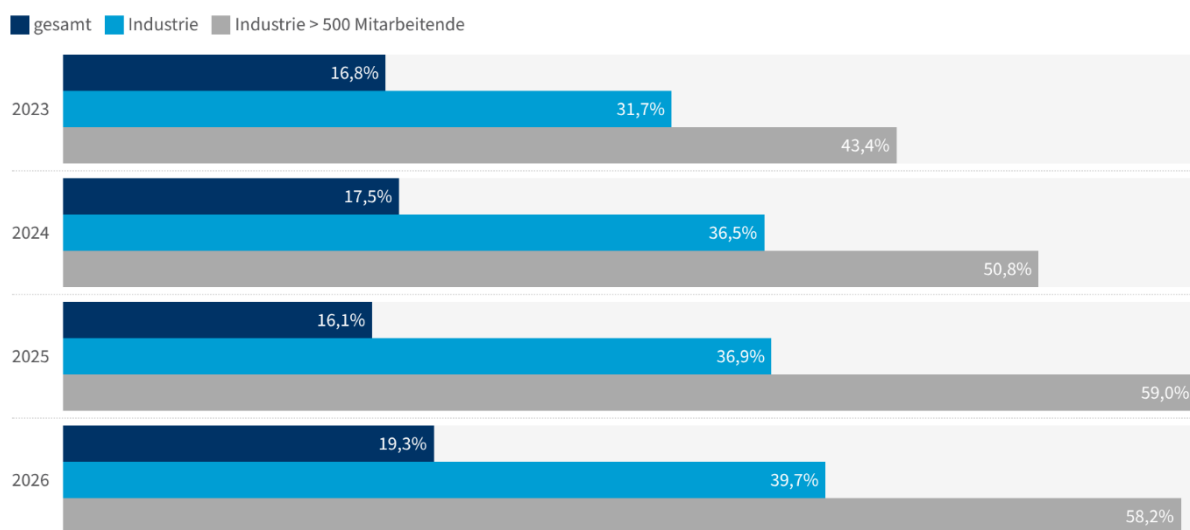
Unternehmen ihre Produktion bereits reduzieren, Teile ihrer Wertschöpfung verlagern oder ihre Geschäftstätigkeit in Deutschland ganz eingestellt haben. Die Verbesserung wäre in diesem Fall nicht Ausdruck einer Entspannung der Standortbedingungen, sondern Folge eines fortschreitenden strukturellen Anpassungsprozesses.

Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass hohe Energiekosten nicht nur die laufende Geschäftstätigkeit belasten, sondern zunehmend die Investitions- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen einschränken. Damit drohen langfristige Nachteile für Wachstum, Transformation und Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland.

Produktionseinschränkung setzt sich fort

Die Einschränkung wirtschaftlicher Aktivitäten in Deutschland aufgrund der energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen setzt sich fort und erreicht weiterhin besorgniserregend hohe Werte: Rund 20 Prozent aller Unternehmen beschäftigen sich mit einer Verlagerung von Investitionen oder Produktionskapazitäten ins Ausland, haben entsprechende Maßnahmen bereits umgesetzt oder befinden sich in der Umsetzung. In der Industrie steigt dieser Anteil auf rund 40 Prozent, bei großen Industrieunternehmen sogar auf 60 Prozent.

Einschränkung der Produktion im Inland/ Verlagerung ins Ausland (geplant/laufend/realisiert)



So viele Unternehmen planen oder realisieren Einschränkungen der Produktion im Inland oder Verlagerungen ins Ausland als Reaktion auf Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik.

Quelle: Energiewende-Barometer 2026



Abbildung 9: Verlagerung ins Ausland

Besonders bemerkenswert ist, dass sich viele Unternehmen nicht mehr in einer frühen Prüf- oder Planungsphase befinden, sondern bereits konkrete Schritte umsetzen. Unter den großen Industrieunternehmen gibt etwa ein Drittel an, Verlagerungsmaßnahmen bereits zu realisieren. Gleichzeitig ist der Anteil der Unternehmen, die sich noch in der Planungsphase befinden, gegenüber dem

Vorjahr leicht zurückgegangen. Dies dürfte jedoch nicht zwangsläufig auf eine Entspannung hindeuten. Vielmehr kann dies darauf zurückzuführen sein, dass zahlreiche Unternehmen inzwischen von der Planung zur Umsetzung übergegangen sind.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass sich die Wettbewerbsbedingungen für viele energieintensive Unternehmen im internationalen Vergleich verschlechtert haben. Hohe Energiekosten, Unsicherheit über die künftige Entwicklung der Rahmenbedingungen sowie hohe Transformationskosten erschweren Investitionen am Standort Deutschland.

Ein Industrieunternehmen aus Westdeutschland beschreibt diesen Zielkonflikt eindrücklich:

„Wir versuchen im internationalen Wettbewerb zu überleben (gegenüber Amerika und Asien) und sollen dann noch investieren in ein klimaneutrales Unternehmen? Nein, wir erweitern uns außerhalb von Europa und hoffen hier zumindest zu stagnieren.“

Das Zitat macht deutlich, dass viele Unternehmen die Transformation zwar grundsätzlich unterstützen, gleichzeitig jedoch ihre wirtschaftliche Tragfähigkeit gefährdet sehen. Unter diesen Bedingungen werden Investitionen zunehmend dort getätigt, wo Energie günstiger, regulatorische Anforderungen planbarer oder Förderbedingungen attraktiver sind.

Die Folgen beschränken sich dabei nicht auf die unmittelbar abwandernden Unternehmen. Verlagerungen betreffen regelmäßig ganze Wertschöpfungsketten. Wenn energieintensive Grundstoffindustrien, Zulieferer oder industrielle Leitunternehmen ihre Produktion reduzieren oder ins Ausland verlagern, geraten auch nachgelagerte Betriebe unter Druck. Dadurch können negative Effekte weit über die ursprünglich betroffenen Unternehmen hinausreichen und Beschäftigung, Investitionen sowie industrielle Wertschöpfung in Deutschland insgesamt beeinträchtigen.

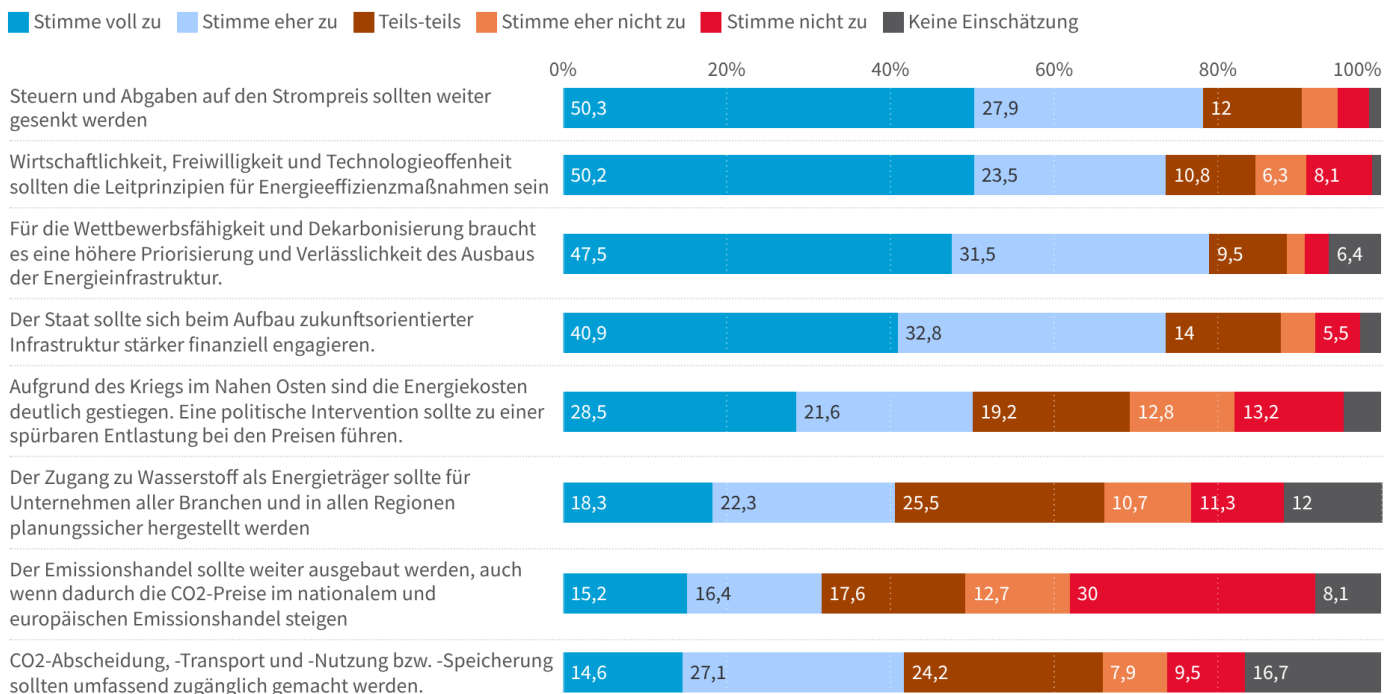
Insgesamt weisen die Ergebnisse darauf hin, dass die Gefahr einer schleichenden Deindustrialisierung weiterhin hoch ist. Die zentrale Herausforderung besteht daher darin, die Ziele der Transformation mit international wettbewerbsfähigen Standortbedingungen zu verbinden, um Investitionen und Wertschöpfung langfristig in Deutschland zu halten.

Politische Maßnahmen

Die Zustimmung oder Ablehnung der Unternehmen bei aktuellen politischen Maßnahmen zeigt, dass Betriebe auf Entlastung bei Energiekosten, Planungssicherheit und den Ausbau der Energieinfrastruktur angewiesen sind. Eine hohe Sensibilität besteht gegenüber zusätzlichen Kostenbelastungen. Sie stoßen auf geringere Akzeptanz.

Auf die Frage „Inwieweit stimmen Sie den folgenden politischen Maßnahmen zu, um Energiewende und Klimaschutz sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten?“ antworten die Unternehmen wie folgt:

Zustimmung zu politischen Maßnahmen



Wortlaut der Frage: "Inwieweit stimmen Sie den folgenden politischen Maßnahmen zu, um Energiewende und Klimaschutz sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten?"

Quelle: Energiewende-Barometer 2026

DIHK

Abbildung 10: Zustimmung zu politischen Maßnahmen

Sehr positiv bewerten die Unternehmen Maßnahmen zur **Stärkung der Energieinfrastruktur**. Fast 79 Prozent stimmen voll oder eher zu, dass für Wettbewerbsfähigkeit und Dekarbonisierung eine höhere Priorisierung und Verlässlichkeit beim Ausbau der Energieinfrastruktur notwendig ist.

Besonders hohe Zustimmung erfährt auch die Forderung, **Steuern und Abgaben auf den Strompreis weiter zu senken**. Rund 78 Prozent der Unternehmen stimmen dieser Maßnahme zu. Dies verdeutlicht die hohe Bedeutung wettbewerbsfähiger Energiepreise für die Wirtschaft. Auch die Aussage, dass **Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit Leitprinzipien der Energieeffizienzpolitik sein sollten**, findet mit knapp 74 Prozent Zustimmung breite Unterstützung.

Darüber hinaus befürworten rund 74 Prozent ein **stärkeres finanzielles Engagement des Staates beim Aufbau zukunftsorientierter Infrastruktur**. Die Ergebnisse zeigen, dass Unternehmen den Ausbau der

Infrastruktur als zentrale Voraussetzung für die Energiewende und die Sicherung des Wirtschaftsstandorts ansehen.

Die Forderung nach einer politischen **Intervention zur Entlastung** bei den infolge des Nahostkriegs gestiegenen Energiekosten wird von etwa der Hälfte der Unternehmen unterstützt, gleichzeitig lehnt rund ein Viertel diese Maßnahme ab. Die Einschätzung kurzfristiger staatlicher Markteingriffen ist also nicht einhellig und differenziert.

Weniger Zustimmung erhält die Aussage, dass **der Zugang zu Wasserstoff für Unternehmen aller Branchen und Regionen planungssicher gewährleistet werden sollte**. Zwar unterstützt eine relative Mehrheit von rund 41 Prozent diese Forderung, jedoch stehen dem fast 48 Prozent gegenüber, die teilweise oder vollständig ablehnend eingestellt sind. Dies zeigt, dass viele Unternehmen inzwischen kritisch gegenüber der Verfügbarkeit von Wasserstoff eingestellt sind.

Besonders kritisch beurteilen die Unternehmen eine weitere **Ausweitung des Emissionshandels**, wenn diese mit steigenden CO₂-Preisen verbunden ist. Hier liegt die Ablehnung mit rund 43 Prozent deutlich über der Zustimmung von etwa 32 Prozent. Die Ergebnisse zeigen, dass für viele Unternehmen die Kostenbelastung am Standort Deutschland eine Höhe erreicht hat, die höhere CO₂-Preise mit Sorge betrachten lässt. Dies gilt besonders für die Industrie, die einem Ausbau nur noch zu 16 Prozent zustimmt.

Die Einschätzung zur **CO₂-Abscheidung sowie deren Nutzung und Speicherung (CCUS)** fällt vergleichsweise ausgewogen aus. Mit rund 42 Prozent überwiegt die Zustimmung gegenüber 17 Prozent Ablehnung, gleichzeitig gibt es mit 40 Prozent einen hohen Anteil von Unternehmen, die unentschieden sind oder keine Einschätzung abgeben können. Unsicherheit über die praktische Umsetzbarkeit und die Kosten dieser Technologien gehen also mit einer grundsätzlich positiven Einschätzung einher.

Fazit

Insgesamt zeigt die Befragung ein klares Bild: Unternehmen unterstützen energie- und klimapolitische Maßnahmen, die **Versorgungssicherheit, Infrastruktur, Technologieoffenheit und wettbewerbsfähige Energiekosten** fördern. Maßnahmen, die mit **zusätzlichen regulatorischen oder finanziellen Belastungen** verbunden werden, stoßen dagegen auf große Vorbehalte. Die Ergebnisse unterstreichen den Wunsch der Betriebe nach einer Klimapolitik, die Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit gleichzeitig ermöglicht.